

Titel 2% des BIPs für Rüstung: „Nein Danke!“

AntragstellerInnen Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

2% des BIPs für Rüstung: „Nein Danke!“

1 *Die Bundeskonferenz der Jusos möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag, die Bundestagsfraktion und die Bundesmi-*
2 *nister*innen der SPD beschließen:*

3 Wir fordern die Bundesregierung und damit vor allem die Bundesminister*innen, die der SPD angehören, auf, sich
4 auf dem nächsten NATO-Gipfel für die Abschaffung des 2%-Ziels der NATO einzusetzen.

5 Trotz der im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vereinbarten Kopplung fordern wir die Bundesregierung
6 auf, die 0,7%-ODA-Quote unabhängig von der Einhaltung der NATO-Quote ohne Anrechnung von Kosten für die Ver-
7 sorgung Geflüchteter im Inland zu erfüllen.

8 Sollte die o.g. Forderung nicht umgesetzt werden können, sollen die Rüstungsausgaben im Sinne eines positiven
9 Dual-Use so friedlich wie möglich eingesetzt werden, bspw. durch den Ausbau von zivil nutzbarer Infrastruktur, in
10 der Sanitätsabteilung des Militärs oder in die Cyber-Abteilung zur Förderung von Open-Source-Software. Das be-
11 deutet insbesondere, dass wir keinen zusätzlichen Cent in Angriffswaffen, wie Flugzeugträger, Panzer und Drohnen
12 investieren.

13 *Begründung*

14 • Sollte die Bundesrepublik wirklich 2% des BIPs für Verteidigung ausgegeben, dann würde sie etwa 85 Mrd €
15 ausgegeben. So würde Deutschland zum Land mit dem drittgrößten Wehretat aufsteigen. Das ist nicht hinzu-
16 nehmen und mit unserer Geschichte nicht vereinbar.

17 • Im Haushaltsjahr 2019 gab Deutschland etwa 45 Milliarden Euro für Verteidigung aus. Zum Vergleich: Für
18 Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren es nur etwa 12 Mrd. Euro und damit nur ein etwa Viertel des
19 hypothetisch erforderlichen Verteidigungsetats. Im extremsten Fall haben wir also kein Geld für Frauenhäuser,
20 aber Geld für Rüstung. Genau solche extremen Unterschiede zeigen sich auch im Vergleich mit dem Bereich
21 Bildung und Forschung. Das kann einfach nicht sein!

22 • Die Absurdität einer rigiden 2%-Forderung zeigt sich gerade jetzt in der Corona-Krise: Durch eine stagnierende
23 Wirtschaft rückt das Ziel, 2% des BIPs für Rüstungsausgaben auszugeben bei konstantem Wehretat näher
24 denn je. Ohne auch nur einen Cent mehr zu investieren könnte Deutschland das Ziel also plötzlich einhalten.
25 Das zeigt, wie wenig die Forderung an einer faktischen Notwendigkeit ausgerichtet ist.

26 • Mit dem Zerfall der Sowjetunion und damit auch des Warschauer Paktes wurden in den 1990er Jahren ehe-
27 malige Mitgliedstaaten der UdSSR/ Warschauer Paktes in die EU und auch in die NATO aufgenommen. Damit
28 sollte der Kontinent Europa sicherer gemacht werden. Dies ist auch gelungen. Bis 2014 hatte die NATO auch
29 ein sehr gutes Verhältnis zu Russland (NATO-Russland-Rat), doch mit der Annektion der Krim im Jahr 2014
30 verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland. In diesem Klima wurde das 2%-Ziel der Nato beschlos-
31 sen. Man begründete diese Entscheidung damit, dass Russland erwägen würde, ehemalige Sowjetrepubliken
32 ebenfalls zu annektieren. Die Aufrüstung innerhalb der NATO führte u.a. dazu, dass sich in Russland zuneh-
33 mend Nationalismus breit macht und sich die Beziehung zwischen Russland, der USA und Europa insgesamt

34 verschlechtert haben. Nachdem dies erkannt wurde, forderten und fordern inzwischen viele, sowohl Bürge-
35 rinnen und Bürger auf beiden Seiten, dass die Kontakte zu Russland wieder aufgenommen werden und damit
36 die Beziehung bzw. Partnerschaft zu Russland wieder gestärkt wird. Dies ist auch damit zu begründen, dass
37 die Beziehung zu den USA mit der Amtseinführung Donald Trumps schwieriger geworden sind, was man leider
38 auch durch die einseitige Kündigung des INF-Vertrages oder des Open-Skies-Vertrages durch die USA sehen
39 kann. Zur Verbesserung der Beziehung ist keine Aufrüstung nötig, sondern Diplomatie angebracht – denn
40 Waffen bringen bekanntlich keinen Frieden.

41 • Das Etatrecht ist seit jeher ein essentielles Privileg der Parlamente. Das gilt aus gutem Grund auch in Deutsch-
42 land, und es gilt insbesondere auch für das Verteidigungsbudget. Keine internationale Organisation und keine
43 Bundesregierung können dem Bundestag vorschreiben, wie hoch das Budget für den Bereich Verteidigung
44 sein soll.